

# Kulturexpress

unabhängiges Magazin

Ausgabe 28

07. - 13. Juli 2013

Zeitschrift für Kunst, Kultur, Philosophie, Wissenschaft und Wirtschaft

Kulturexpress verpflichtet sich unabhängig über wirtschaftliche, politische und kulturelle Ereignisse zu berichten. Kulturexpress ist deshalb ein unabhängiges Magazin, das sich mit Themen zwischen den Welten aus Wirtschaft und Kultur aber auch aus anderen Bereichen auseinandersetzt. Das Magazin bemüht sich darin um eine aktive und aktuelle Berichterstattung, lehnt jedoch gleichzeitig jeden Anspruch auf Vollständigkeit ab.

## Inhalt

destatis

### 9,5 Prozent mehr Wohnungen im Jahr 2012 fertiggestellt

vom 12. Juli 2013

Baumarkt

### Praktiker AG und acht zugehörige Gesellschaften stellen Antrag auf Insolvenz

vom 11. Juli 2013

Praktiker

destatis

### In drei Viertel der Haushalte leben höchstens zwei Personen

vom 11. Juli 2013

Forstwirtschaft

### Waldeigentümer lehnen Energiesteuer auf Brennholz ab - Steuerpläne der Grünen kritisiert

vom 11. Juli 2013



Buchvorstellung



### Unvergessene Ferienzeit. Erinnerungen an Sommerfrische, Urlaub und Freizeit in den Jahren 1923 – 1962

vom 10. Juli 2013

Management

### FRAPORT und Frankfurter Flughafen: täglich neue NEGATIV-Schlagzeilen

vom 10. Juli 2013

Bauausstellung

### Internationale Bauausstellung IBA in Hamburg mit 60 Projekten

vom 07. Juli 2013



#### Impressum

Herausgeber und Redaktion  
Rolf E. Maass

#### Anschrift

Postfach 90 06 08  
60446 Frankfurt am Main  
mobil +49 (0)179 8767690  
Voice-Mail +49 (0)3221 134725

[www.kulturexpress.de](http://www.kulturexpress.de)  
[www.kulturexpress.info](http://www.kulturexpress.info)

[www.svenska.kulturexpress.info](http://www.svenska.kulturexpress.info)

Kulturexpress in gedruckter Form  
erscheint wöchentlich  
ISSN 1862-1996

#### Finanzamt IV Frankfurt a/M

St-Nr.: 148404880  
USt-idNr.: DE249774430

E-Mail: [redaktion@kulturexpress.de](mailto:redaktion@kulturexpress.de)

**9,5 Prozent mehr Wohnungen im Jahr 2012 fertiggestellt**  
 Im Jahr 2012 wurden in Deutschland rund 200 500 Wohnungen fertiggestellt. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, waren das 17 400 Wohnungen oder 9,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anstieg fiel zwar nicht so deutlich aus wie im Jahr 2011 (+ 14,6 Prozent), ist aber erheblich höher als im Jahr 2010 (+ 0,5 Prozent).

Meldung: destatis, in Wiesbaden, den 12. 07. 2013

In Wohngebäuden wurden 2012 insgesamt 176 600 Neubauwohnungen fertiggestellt (+ 9,6 Prozent gegenüber dem Jahr 2011). Die höchsten Zuwächse erreichten die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern mit + 16,0 Prozent, gefolgt von denen in Einfamilienhäusern mit + 4,0 Prozent. Die Fertigstellungen von Wohnungen in Wohngebäuden mit zwei Wohnungen blieben nahezu unverändert (+ 0,4 Prozent).

Der umbaute Raum der fertiggestellten neuen Nichtwohngebäude stieg gegenüber dem Jahr 2011 auf 187,5 Millionen Kubikmeter (+ 7,1 Prozent). Dieses Plus ist ausschließlich auf die nichtöffentlichen Bauherren (+ 9,5 Prozent) zurückzuführen. Bei den öffentlichen Bauherren nahm der umbaute Raum um 13,8 Prozent gegenüber 2011 ab.

Deutschland  
 Errichtung von Wohnungen nach Gebäudearten

Gebäudeart	Fertiggestellte Wohnungen			
	Jahr		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2012	2011	absolut	in Prozent
Wohn- und Nichtwohngebäude (alle Baumaßnahmen)	200 466	183 110	17 356	9,5
Neu errichtete Gebäude	180 611	164 178	16 433	10,0
davon:				
Wohngebäude	176 617	161 186	15 431	9,6
mit 1 Wohnung	84 324	81 101	3 223	4,0
mit 2 Wohnungen	15 970	15 914	56	0,4
mit 3 oder mehr Wohnungen	71 041	61 217	9 824	16,0
Wohnheime	5 282	2 954	2 328	78,8
darunter:				
Eigentumswohnungen	40 321	32 698	7 623	23,3
Nichtwohngebäude	3 994	2 992	1 002	33,5
Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	19 855	18 932	923	4,9

Umbauter Raum bei fertiggestellten Neubauten von Nichtwohngebäuden  
 nach Gebäudearten und Bauherren

Gebäudeart	Umbauter Raum (1 000 m <sup>3</sup> Rauminhalt)			
	Jahr		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2012	2011	absolut	in Prozent
Nichtwohngebäude	187 486	175 098	12 388	7,1
davon:				
Anstaltsgebäude	5 782	6 961	- 1 179	- 16,9
Büro- und Verwaltungsgebäude	10 843	11 745	- 902	- 7,7
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	33 664	34 608	-944	- 2,7

Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	123 775	106 638	17 137	16,1
darunter:				
Fabrik- und Werkstattgebäude	36 513	33 074	3 439	10,4
Handels- und Lagergebäude	76 140	64 135	12 005	18,7
Hotels und Gaststätten	2 020	2 014	6	0,3
Sonstige Nichtwohngebäude	13 421	15 146	- 1 725	- 11,4
davon:				
Öffentliche Bauherren	16 010	18 566	- 2556	- 13,8
Nichtöffentliche Bauherren	171 477	156 532	14 945	9,5

## Praktiker AG und acht zugehörige Gesellschaften stellen Antrag auf Insolvenz

Max-Bahr-Märkte und Auslandsgeschäft von Anträgen nicht betroffen. Der Betrieb aller Märkte soll uneingeschränkt aufrecht erhalten werden. Nach dem Rückzug der Metro AG als Mehrheitsgesellschafter 2006 geriet die Praktiker AG in eine existenzielle Krise und schrieb über Jahre hohe Verluste. Trotz intensiver Bemühungen und erheblicher Finanzspritzen haben die Restrukturierungsversuche bisher nicht gegriffen. Quelle: Wikipedia

Meldung: Praktikerr AG, in Hamburg, den 11. 07. 2013



Acht Tochtergesellschaften der Praktiker AG haben am 22. Juli beim Amtsgericht Hamburg einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt. Der Schritt war notwendig geworden, nachdem die Verhandlungen über eine zunächst Erfolg versprechende weitere Sanierungsfinanzierung gescheitert waren und kurz zuvor auch der angestrebte Verkauf der Anteile an der luxemburgischen Tochtergesellschaft Bätiself S.A. wegen Gremienvorbehalten auf Seiten des Käufers nicht abgeschlossen werden konnte. Der Insolvenzantrag erstreckt sich auf insgesamt acht operative Teilgesellschaften in Deutschland. Der Insolvenzantrag für die Dachgesellschaft Praktiker AG wird in Kürze nachgereicht. Max Bahr mit seinen derzeit 132 Märkten und das Auslandsgeschäft sind davon nicht betroffen. Die Praktiker- sowie die extra-BAU+HOBBY-Märkte sollen im Rahmen eines vorläufigen Insolvenzverfahrens fortgeführt werden.

Der Praktiker Konzern hatte bereits im Mai 2012 einen harten Restrukturierungskurs eingeschlagen, der im Kern die Umstellung eines Großteils der Praktiker-Baumärkte auf die höher positionierte und ertragsstärkere Marke Max Bahr vorsieht. Das neue Konzept hat sich bereits in ersten Schritten am Markt etabliert. Bis Ende März 2013 hat das Unternehmen 54 Märkte umgestellt. Die neuen Max-Bahr-Märkte erzielen seit der Umstellung deutlich höhere Roherträge.

Der historisch lange Winter, lang anhaltend schlechtes Wetter und einen damit verbundener massiver Einbruch der Baumarktconjunktur überlagerten im ersten Quartal 2013 allerdings die positiven Effekte der Neuausrichtung des Geschäftsmodells in Deutschland. Der Konzern geriet dadurch in eine angespannte Liquiditätssituation, die sich auch in dem saisonal wichtigsten zweiten Quartal nicht verbesserte. Mit erheblichen Anstrengungen, beispielsweise über Stundungsvereinbarungen mit Lieferanten, Freigaben von Sicherungsbeträgen und Desinvestitionen konnte diese Situation bis Ende Juni bewältigt werden.

Leider ist es nicht gelungen, eine tragfähige Anschlussfinanzierung zu finden. So gelang es nicht, die Praktiker-Anteile an der luxemburgischen Tochtergesellschaft bätiself termingerecht zu veräußern. Zwar hatte der Vorstand eine Finanzierungsvereinbarung mit britischen und österreichischen Geldgebern ausgehandelt, jedoch scheiterte der

Abschluss am Widerstand wesentlicher Gläubigergruppen. Damit war die Grundlage für eine positive Fortführungsprognose des Unternehmens entfallen.

Das Unternehmen musste daher am Donnerstag, 11. Juli 2013, beim Amtsgericht Hamburg den Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahren stellen.

Folgende Gesellschaften des Konzerns mit Sitz in Hamburg haben Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt: Baumarkt Praktiker Deutschland GmbH, Baumarkt Praktiker DIY GmbH, Baumarkt Praktiker GmbH, Baumarkt Praktiker Online GmbH, Baumarkt Max Bahr Praktiker Einkaufs GmbH, Baumarkt Praktiker Warenhandelsgesellschaft mbH, Baumarkt Praktiker Vierte GmbH, Baumarkt Praktiker Services GmbH, Hamburg.

## In drei Viertel der Haushalte leben höchstens zwei Personen

Im Jahr 2012 lebten in 75 Prozent der insgesamt rund 40,7 Millionen privaten Haushalte in Deutschland maximal zwei Personen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, waren unmittelbar nach der Wiedervereinigung, also 1991, noch weniger als zwei Drittel (64 Prozent) der Haushalte kleine Haushalte. Basis dieser Ergebnisse ist der Mikrozensus, die größte jährliche Haushaltsbefragung in Deutschland und Europa. Der Mikrozensus 2012 basiert noch auf den Fortschreibungsergebnissen auf Grundlage der Volkszählung von 1987.

Meldung: destatis, in Wiesbaden, den 11. 07. 2013

Zu diesem Zuwachs kleiner Haushalte haben insbesondere die Einpersonenhaushalte beigetragen. Der Anteil dieser Haushalte betrug im Jahr 2012 knapp 41 Prozent, 1991 hatte er mit knapp 34 Prozent noch deutlich niedriger gelegen. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte stieg von 31 Prozent im Jahr 1991 auf knapp 35 Prozent im Jahr 2012. Dagegen entwickelte sich der Anteil der größeren Haushalte im selben Zeitraum rückläufig: Der Anteil der Haushalte mit drei Personen ging von 17 Prozent (1991) auf 12 Prozent im Jahr 2012 zurück; der Anteil der Haushalte mit vier und mehr Personen verringerte sich von 18 Prozent auf gut 12 Prozent im Jahr 2012.

Im Ländervergleich gibt es beim Anteil kleiner Haushalte erhebliche Unterschiede: In den Stadtstaaten Berlin (83 Prozent), Bremen (82 Prozent) und Hamburg (81 Prozent) sowie in Sachsen (81 Prozent) waren 2012 mehr als vier Fünftel aller Haushalte kleine Haushalte mit höchstens zwei Personen. Dagegen wiesen Baden-Württemberg (71 Prozent) sowie Rheinland-Pfalz (72 Prozent) die niedrigsten Anteile dieser kleinen Haushalte auf. Im Vergleich zu 1991 hatte Mecklenburg-Vorpommern (+ 27 Prozentpunkte) den höchsten Anstieg beim Anteil kleiner Haushalte zu verzeichnen; den geringsten Anstieg in diesem Zeitraum verzeichnete Hamburg (+ 4 Prozentpunkte).

Im Zuge der Strukturverschiebungen zugunsten kleiner Haushalte sank auch die durchschnittliche Haushaltsgröße in Deutschland: 2012 betrug die durchschnittliche Haushaltsgröße 2,01 Personen pro Haushalt. 1991 lebten dagegen noch durchschnittlich 2,27 Personen in einem Haushalt. Dieser Rückgang ist im Osten (neue Länder einschließlich Berlin) stärker ausgeprägt als im Westen (früheres Bundesgebiet ohne Berlin). Im Osten sank die durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,31 Personen im Jahr 1991 auf 1,87 Personen im Jahr 2012, im Westen war im selben Zeitraum ein Rückgang von 2,26 Personen auf 2,05 Personen zu verzeichnen.

Detaillierte Ergebnisse zu den Themen Haushalte, Familien und weitere Lebensformen enthält die Fachserie 1, Reihe 3 „Haushalte und Familien – Ergebnisse des Mikrozensus 2012“.

Basisdaten und lange Zeitreihen zum Mikrozensus können auch in der Datenbank GENESIS-Online abgerufen werden.

**Methodischer Hinweis:** Der Mikrozensus ist eine Stichprobenerhebung, bei der jährlich rund 1 Prozent der Bevölkerung in Deutschland befragt wird. Um die ermittelten Befragungsergebnisse auf die Gesamtbevölkerung hochrechnen zu können, werden ausreichend strukturierte und aktuell fortgeschriebene Bevölkerungseckzahlen benötigt. Eine Hochrechnung des Mikrozensus auf Basis der aktuellen Fortschreibung des mit

## Waldeigentümer lehnen Energiesteuer auf Brennholz ab - Steuerpläne der Grünen kritisiert

Zustimmung für GRÜNEN-Papier von Seiten der Waldbesitzer um von der konfiskatorischen Belastung der Gewässerunterhaltung zu entlasten und die Stärkung des Kleinprivatwaldes zu fördern.

Meldung: AGDW, in Berlin, den 11. 07. 2013

Die Forderung der GRÜNEN nach einer „Energiesteuer“ auf Brennholz in ihrem jetzt vorgelegten „Bund-Länder-Programm Wald- und Holzwirtschaft“ wurde heute von Philipp zu Guttenberg, Präsident der AGDW- Die



Waldeigentümer zurückgewiesen. Dies führte zu einer weiteren Belastung der Verbraucher. Energie sei ein hohes Allgemeingut, das bezahlbar bleiben müsse. Guttenberg sagte, Markenzeichen der GRÜNEN, gut 10 Wochen vor der Bundestagswahl, seien „neue bzw. höhere Steuern“: von der Substanzsteuer, die Arbeitsplätze vor allem im ländlichen Raum gefährde, über die den Generationenvertrag zerstörende Erbschaftssteuer bis zur verbraucherfeindlichen Energiesteuer.

„Wer eine schnelle Energiewende will, darf nicht auf den nachwachsenden heimischen Rohstoff und Energieträger Nummer eins in unserem Land, den Biorohstoff Holz, verzichten.“, so Guttenberg. Die neben der Energiesteuer geforderte Beschränkung der Holzenergienutzung, passe nicht – so der Waldeigentümerpräsident – zur „begrüßenswerten Aussage im Grünenprogramm, dass sich das Verwendungsspektrum von Holz erweitern müsse, wenn Erdöl nicht mehr in bisheriger Masse zur Verfügung stehe.“ Eine von den GRÜNEN geforderte Beschränkung der Holzenergienutzung sei auch „absurd“ im Hinblick auf den in Deutschland erfundenen und praktizierten Nachhaltigkeitsgrundsatz, nach welchem nicht mehr Holz genutzt werden dürfe als nachwachsen. Guttenberg wies darauf hin, dass wir in Deutschland durch moderate Hiebsätze die höchsten Holzvorräte pro Hektar in ganz Europa haben: Jedes Jahr wüchsen pro Hektar Waldfläche in Deutschland durchschnittlich ca. 10 m<sup>3</sup> Holz nach. Im Gesamten bedeutete das einen jährlichen Holzzuwachs von etwa 120 Mio. m<sup>3</sup>, von denen aber nur 70 Mio. m<sup>3</sup> eingeschlagen und auch genutzt würden. „Wir sind damit nicht nur Erfinder der vor 300 Jahren in der deutschen Forstwirtschaft geborenen und praktizierten Nachhaltigkeit, sondern auch deren Bewahrer!“

Eine von den Grünen als notwendig erachtete „Wald- und Holzpolitik, die ökologische und ökonomische Ansprüche integriere, müsse Stilllegungsforderungen eine klare Absage erteilen“, erklärte Guttenberg. Stilllegungen in Deutschland führten dazu, dass die auch von den GRÜNEN konzedierte steigende Holznachfrage zu weiteren Importen von Rohholz aus anderen Regionen der Erde führten. Im Programm der „GRÜNEN“ hieße es zu Recht: „Es wäre das Gegenteil von nachhaltiger Politik, die aufgrund des Wachstums der Holzenergienutzung prognostizierte Holzlücke durch Importe aus Entwicklungsländern zu schließen.“

Die nachhaltige Nutzung unserer Wälder in Deutschland sei aktiver Klima- und Urwaldschutz, betonte der Präsident der 2 Millionen privaten und kommunalen Waldbesitzer in Deutschland. Deshalb lehne er auch das 5-Prozent-Stilllegungsziel ab: renommierte Studien dokumentierten, dass stillgelegte Wälder in Europa schlecht seien für die Klimabilanz und im Übrigen zu mehr Raubbau führten in anderen nicht nachhaltig

wirtschaftenden Regionen der Erde.

Der AGDW Präsident begrüßt das Bekenntnis der „GRÜNEN“ zur Stärkung des Kleinprivatwaldes. Hier lägen „Potenziale für eine zusätzliche Mobilisierung“. Es sei deshalb gut und richtig, die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse von Kleinprivatwaldbesitzern weiter zu stärken. Guttenberg: „Ich stimme der Forderung der „GRÜNEN“ zu: es gibt kein ausreichendes Argument dafür, auf Maßnahmen zur Mobilisierung des nachwachsenden Rohstoffes Holz aus dem Kleinprivatwald zu verzichten.“

Der zunehmende Klimawandel - so Guttenberg - fordere eine rasche Anpassung unserer Wälder. Der von der Bundesregierung dieses Jahr ins Leben gerufene Waldklimafonds müsse in der neuen Legislatur deutlich aufgestockt werden. Eine einseitige Beschränkung auf standortheimische Baumarten dürfe es angesichts der Megaherausforderungen des weltweiten Klimawandels nicht geben. Die Baumartenwahl - so Guttenberg - müsse wissenschaftlichen Erkenntnissen des prognostizierten Klimawandels und nicht ideologischen Naturschutzträumen Rechnung tragen.

Zustimmung signalisierte der AGDW Präsident zur Forderung im „GRÜNEN-Papier“, Wälder und Waldbesitzer von der konfiskatorischen Belastung der Gewässerunterhaltung zu entlasten. Das sei sinnvoll und überfällig angesichts der vielfältigen unentgeltlichen erbrachten Leistungen der Waldeigentümer für Natur und Gesellschaft.

Zusätzlichen Regularien und Vorschriften, wie die von den „GRÜNEN“ geforderte Festschreibung von ökologischen Mindeststandards sowie die gesetzliche Definition einer nachhaltigen und ordnungsgemäßen Forstwirtschaft, erteilte der Waldbesitzerpräsident eine klare Absage. „Wir praktizieren mit unseren bewährten Gesetzen die modernste, nachhaltige Forstwirtschaft auf der Welt und brauchen deshalb hier nicht noch weitere Paragraphen“, sagte zu Guttenberg. Bürokratieabbau sowie mehr Eigentümer- und Bürgerverantwortung seien das Ziel einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Dennoch sei das Papier geeignet, einen Dialog zwischen Waldeigentümern und „GRÜNEN“ zu eröffnen. Zu Guttenberg: „Wir sehen in der Tat eine große Dialognotwendigkeit und natürlich begrüßen wir die zum Teil guten Ansätze in diesem Programm. Aber wir müssen auch Kritik üben an widersprüchliche Aussagen und objektiv falschen Schlussfolgerungen an mehreren Punkten, die mit der Realität in unseren Wäldern nichts zu tun hat!“

Wie die Deutschen damals Urlaub machten

## Erinnerungen an Sommerfrische, Urlaub und Freizeit in den Jahren 1923 – 1962

im Buch „Unvergessene Ferienzeit“ werden Urlaubserinnerungen lebendig. Die vergnüglichen und nachdenklichen Reisen in die Vergangenheit erzählen von ganz persönlichen Ferienerlebnissen. Die vielfältigen Geschichten, berichten von Fernweh und Abenteuerlust, aber auch von schlimmen Zeiten, in denen Kinder als „Judenlummel“ bezeichnet und des Freibads verwiesen wurden.

Meldung: Zeitgut Verlag, in Berlin, den 10. 07. 2013



Oder das Buch reist in die 50er Jahre, als die Deutschen Italien als neues Lieblingsreiseziel entdeckten und mit Sack und Pack in kleinen Autos gen Süden rollten. Diese Sammlung von reizvollen Erinnerungen aus den Jahren 1923 bis 1962 stammt von Eltern, Großeltern und Urgroßeltern, die mit diesem weiten Bogen der Erlebnisse eine beeindruckende Kulisse des vorigen Jahrhunderts zeigen.

Ferienglück kann ganz nah liegen, zum Beispiel in Schwerin, der Stadt der sieben Seen. Claus verbringt jede freie Minute seiner Kindheit am Wasser. Sommer Ende der dreißiger Jahre, das heißt für den Jungen mit einem schnellen Ruderboot über den Schweriner See zu gleiten. Mit Begeisterung erinnert sich der Junge an seine erste Fahrt ohne die Eltern: Eine kühle Brise weht, das Wasser zischt und gluckst am Rumpf – was für eine unvergessliche, rauschende Fahrt!

Nicht ganz so unbeschwerlich sind die Erinnerungen der damals zwölfjährigen Ursula an den Sommer 1936. Klaus, der Berliner Junge, kommt wie jedes Jahr aus der Stadt zu seiner Tante an den Großen Brüssower See. Zusammen verbringen die beiden Kinder herrliche Tage im Wasser und an Land. Doch eines Tages wird Klaus aus der Badeanstalt geworfen: „Du Judenlummel hast hier nichts zu suchen!“, herrschen ihn die Leute an. Ein trauriges Ende eines wunderschönen Sommers. Für die Kinder sind die sorglosen Tage vorbei.

Klaus reist am nächsten Tag ab und eine Hetz-Zeitung schreibt einige Tage später über ein deutsches Mädchen, das mit einem Juden über den Brüssower See schwamm. Ungewöhnliche Ferien verbringt ein Hamburger Schüler: Er macht 1946 Freißferien. Dank der auch in den Sommerferien fortgesetzten Schulspeisung aus Armeebeständen der Engländer und Amerikaner können Schulkameraden dem daheimgebliebenen Claus ihre Essensmarken schenken. Der schlägt sich nach langer Zeit endlich mal wieder den Bauch voll. Ein paradiesischer Sommer.

Zehn Jahre später reist Edith von Leipzig nach Warnemünde und von da mit dem Schiff in die däni-sche Stadt Gedser. Als das Boot am Hafen anlegt, blickt die junge Frau wehmütig auf die am Pier stehenden Menschen. Als DDR-Bürgerin ist es ihr nicht erlaubt, westliches Land zu betreten. Um trotzdem ein Stück Dänemark mit nach Hause zu nehmen, notiert Edith auf einem kleinen Stück Papier ihre Adresse und bittet den Finder, ihr zu schreiben. Sie wirft die Botschaft in einer Streichholzschatel über Bord und hat Glück: Zu Hause erwartet sie eine bunte Ansichtskarte aus Kopenhagen.

Ganz anders sieht es im Westen Deutschlands aus: Italien heißt das ferne Ziel für viele Familien Mitte der 50er Jahre. Möglich wird der Traum durch verbilligte Benzingutscheine, die die Italiener verschwenderisch an alle Reisenden ausgeben, um möglichst viele Touristen ins schöne Land zu locken. Mancher Urlauber macht dabei ein gutes Geschäft: In Italien angekommen, können überflüssige Benzinbons mit Aufpreis an die Südländer verkauft werden, denn diese mussten zu ihrem Ärger einen hohen Preis für Sprit bezahlen. O mia bella Napoli! Die vergnüglichen und nachdenklichen Reisen in die Vergangenheit erzählen von ganz persönlichen Ferienerlebnissen und machen dieses Buch zu einer besonderen Lektüre.

### **Unvergessene Ferienzeit 1923 - 1962**

Erinnerungen an Sommerfrische, Urlaub und Ferienzeit.

32 spannende und heitere Zeitzeugenerinnerungen,

192 Seiten, mit vielen Abbildungen, Ortsregister.

Zeitgut Verlag, Berlin, Auswahlband.

Taschenbuch-Ausgabe

ISBN 978-3-86614-102-5

Euro 6,90

## FRAPORT und Frankfurter Flughafen: täglich neue NEGATIV-Schlagzeilen

Eine große Flughafengesellschaft und die unkooperative Art in der Region mit den darin lebenden Menschen umzugehen und gemeinsam zu handeln.

Meldung: Ralf Heider, SPD Landtagskandidat im Wahlkreis 37, in Frankfurt a/M, den 10. 07. 2013

Beinahe täglich überflutet die PR-Abteilung der FRAPORT das Publikum mit Geschichten über die gigantischen wirtschaftlichen Erfolge, die alle untrennbar mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens verbunden sein sollen. Ralf Heider, Landtagskandidat der SPD für den Frankfurter Süden, hält dieses Verhalten für das berühmte "Pfeifen im Wald", da auf der anderen Seite gleichzeitig eine Hiobsbotschaft der anderen folgt. Das einstmals florierende Unternehmen droht mittlerweile in eine selbst verschuldete Schieflage zu geraten.

Der Lärm ist wesentlich lauter als in den Planungsunterlagen prognostiziert, er trifft mit 350.000 Menschen mehr Menschen als angenommen. Der Zusammenhang zwischen Dauerlärm und schweren Herz- Kreislauferkrankungen ist medizinwissenschaftlich hinreichend nachgewiesen. Die Gefährdung von Menschenleben in Flörsheim durch herunterfallende Dachziegel als Folge von Wirbelschleppen kommt hinzu. In Frankfurt erzielt die Stadt mit dem Verkauf der ehemaligen Oberbürgermeister Dienstvilla am Lerchesberg nicht einmal mehr die Hälfte des ursprünglich angesetzten Wertes.

Die sogenannte Südumfliegung Raunheims wird bei hohem Verkehrsaufkommen nicht durchzuführen sein. In der Folge werden werden sich auch diese Gebiete in Flughafennähe nicht mehr zu den Ausbaugewinnern zählen können.

In dieser Woche wird zudem bekannt, dass die Staatsanwaltschaft gegen ehemalige FRAPORT Mitarbeiter wegen „des Verdachts der Bestechung, Untreue, des Betrugs, der Geldwäsche und der Steuerhinterziehung ermittelt, dies im Zusammenhang mit der Entwicklung der Cargo City Süd.

„FRAPORT kommt seit Eröffnung der Landebahn Nordwest einfach nicht mehr aus den negativen Schlagzeilen heraus“ so Heider. Neben dem ökologischen Desaster, das die FRAPORT-Führung scheinbar unvorbereitet getroffen hat, kritisieren Experten zunehmend auch die ökonomischen Folgen des Ausbaus. Die Passagier- und Frachtzahlen hinken den Erwartungen der Gutachten aus Mediation, Planfeststellungs- und Gerichtsverfahren weit hinterher. Der Arbeitsplatzzuwachs schrammt gegen Null, die Fluggesellschaften planen sogar Arbeitsplatzabbau in großem Stil. FRAPORT hatte im Mai diesen Jahres bei der Jahreshauptversammlung größte Mühe seinen kritischen Aktionären die schlechten Unternehmenszahlen zu erklären.

Heider stellt die Frage welche Überraschungen den Enthüllungen der jüngsten Korruptionsvorfälle noch folgen mögen. „Es wird Zeit, die Begründungen die zum Ausbau des Flughafens ins Feld geführt wurden, kritisch zu bewerten“ so Heiders Forderung. „FRAPORT ist ein mehrheitlich öffentliches Unternehmen. Es wäre gerade im Sinne des Erhalts von Arbeitsplätzen höchst unpolitisch die Augen weiter vor den offensichtlichen Problemen zu verschließen und nicht in aller Entschiedenheit einen raschen

Kurswechsel in die Wege zu leiten, der Flughafen und Region wieder zu guten Nachbarn

werden lässt!“

Ralf Heider  
Landtagskandidat im Wahlkreis 37  
Herzogstr. 1a  
60528 Frankfurt  
0177 4781639  
[www.ralfheider.de](http://www.ralfheider.de)

Kulturexpress ISSN 1862-1996

**vom 10. Juli 2013**

## Internationale Bauausstellung IBA in Hamburg

Am 25. Juni erklärte mir die IBA-Pressesprecherin Anna Vietinghoff in einem Telefongespräch die bauliche Situation und gab mir einen Überblick vom Gelände mit laufenden Projekten und den Auswirkungen der IBA auf die weitere Stadtentwicklung.

Foto: Johannes Arit, IBA-Hamburg

Das 21. Jahrhundert ist in Hamburg längst eingezogen und das bedeutet Zukunft mit gestalten wollen. Dieser Aufgabe stellt sich die Internationale Bauausstellung mit Projekten. Es geht um die Entwicklung einer Großstadt, die mit fast zwei Mio. Einwohnern der Anziehungspunkt und die Metropole für viele Menschen ist. Mit 60 baulichen, sozialen und kulturellen Projekten und Programmen zeigt die IBA Hamburg bis November 2013 wie Stadt und Metropole im 21. Jahrhundert ökologisch und sozial wachsen kann.



Das 35 Quadratkilometer große IBA-Projektgebiet auf den Hamburger Elbinseln Wilhelmsburg und Veddel sowie im Harburger Binnenhafen soll zu einem Vorbild für nachhaltige, zukunftsorientierte Innenentwicklung werden. Dort leben 55.000 Menschen aus über 100 Nationen. Durch die Neuausrichtung der Hamburger Stadtentwicklung gelangten die Hamburger Elbinseln in den Fokus der Planungen zwischen HafenCity im Norden und Harburg im Süden. Hiefür wurde die IBA Hamburg GmbH als Tochtergesellschaft der Hansestadt Hamburg gegründet.

Mehr als 100 IBA-Partner unterstützen die Arbeit der Gesellschaft. Knapp 40 private Investoren konnten gewonnen werden, die mehr als 700 Mio. Euro in die Projekte für die Zukunft der Metropolen investieren. Bis 2013 sind 1.217 neue Wohnungen im Bau oder fertig gestellt worden. 516 Wohnungen wurden modernisiert. Dazu kommen mehr als 100.000 Quadratmeter Gewerbeflächen, acht Bildungseinrichtungen, zwei Seniorenwohn- und Pflegeheime, drei Kindertagesstätten, vier Sporteinrichtungen, ein Gewerbehof, ein Zentrum für Künstler und Kreative, die Verlängerung des

Aßmannkanals und mehr als 70 ha Grünflächen. Bis 2020 sollen im Projektgebiet mehr als 5.000 neue Wohnungen entstehen.

[www.iba-hamburg.de](http://www.iba-hamburg.de)

Siehe auch: [Hybrid Houses - drei Ansätze auf der iba, der internationalen Bauausstellung in Hamburg](#)

Siehe auch: [BIQ - Das Algenhaus - Smart Material Houses auf der IBA in Hamburg](#)